

30. AUG. 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

17/XVII/177

Bonn, den 30. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Achse Bonn - Paris

65

Zum bevorstehenden Staatsbesuch de Gaulles

2

Zwei Welten

20

Was Adenauer noch lernen könnte

3 - 4

Die große Angst ist weg

97

Die Regierung der linken Mitte schlägt Wurzeln
Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

5 - 6

Verantwortung für das Ganze sehen (I)

99

Ein Beitrag über die Erfordernisse
der modernen Industriegesellschaft
Von Dieter Bielenstein

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Achse Bonn - Paris ?

Zum bevorstehenden Staatsbesuch de Gaulles

ler. - Ehren, wie sie selten einem befreundeten Staatsmann erwiesen wurden, erwarten den französischen Staatspräsidenten de Gaulle auf dem Boden der Bundesrepublik. Die deutsch-französische Freundschaft gehört heute zu den festen und unerschütterlichen Gegebenheiten der europäischen und Weltpolitik. Zwei Völker, die jahrhundertlang miteinander im Kriege lagen, ihre Kräfte auf vielen Schlachtfeldern Europas maßen und durch ihre Rivalitäten unseren Kontinent nicht zur Ruhe kommen ließen, haben den Weg zueinander gefunden zum gemeinsamen Aufbau Europas. Unbestritten bleibt es das Verdienst der deutschen und französischen Nachkriegspolitiker im Verein mit anderen der Zukunft zugewandten Kräften aus allen Schichten beider Völker dazu den Grundstein gelegt zu haben. Für heute und alle vorausschbaren Zeiten sind beide Völker aufeinander angewiesen. Und auch der Sowjetunion wird es nicht gelingen, diese Solidarität, gewachsen unter dem Dache eines werdenden Europa, wieder zu zerbrechen und in Feindschaft zu verwandeln. In den dunklen Jahren des zweiten Weltkrieges wagte kaum jemand daran zu glauben. Hass, Feindschaft und böse Erbschaft vieler Jahrhunderte schienen unüberwindbar. 17 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ist dieser Alpdruck verschwunden, die Tore für eine gemeinsame Zukunft beider Völker sind weit aufgetan.

Über dem Staatsbesuch liegen, wer mag es schon leugnen wollen, trübe Schatten. Das Leben keines Staatsmannes in der Welt ist so gefährdet wie das de Gaulles. Gegen ihn richtet sich im eigenen Volk der Hass und die Mordlust der Gestrigen und Unverbesserlichen. Die Kräfte, die ihn wieder zur Macht erhoben im Glauben, in ihm den Mann zu finden, der das im Chaos versinkende Algerien bei Frankreich halten könnte, fühlen sich verraten und betrogen. Der große alte Mann Frankreichs bleibt immer wieder das Ziel von Bombenattentätern und Heckenschützen. Niemand kennt das Ausmaß und die Wirkungskraft der gegen ihn gerichteten Verschwörung. Ehemalige Ministerpräsidenten und engste Freunde aus der heroischen Zeit des französischen Widerstandes zählen zu ihren Hauptlingen und Initiatoren. Ihnen liegt nichts daran, durch einen gewaltsam herbeigeführten Tod de Gaulles Frankreich in ein innenpolitisches Chaos zu stürzen, dessen Folgen für Europa und die Welt unübersehbar und nicht abschätzbar wären. Mit Blindheit geschlagen, von verbrecherischem Ehrgeiz erfüllt, auf die Übernahme der Macht hoffend - so stellt sich das Bild jener Clique von Mordbuben, die nach de Gaulles Leben trachten. Es sind Aussenseiter der französischen Nation, ohne Resonanz und größere Anhängerschaft.

Unter dem Eindruck der letzten Attentate scheint die französische Regierung nun entschlossen zu sein, im Einvernehmen mit de Gaulle die Nachfolgefrage zu regeln, um die Republik und ihre Institution zu erhalten. Neue Kräfte bereiten sich zur Rettung der Republik vor und sie werden auf vielen Gebieten auch der Europapolitik andere Akzente setzen als de Gaulle. Die überragende, fast zum Mythos erhobene Persönlichkeit dieses einzigartigen Mannes, der in sich Frankreich personifiziert sieht, hoch über allem steht und von einem Europa träumt, das sich unter Frankreichs Führung als dritte Macht zwischen den beiden Weltgiganten einschaltet, gibt der derzeitigen französischen Europapolitik eine

Richtung, die von den französischen Europäern nicht in allem gebilligt wird. Wer die Debatte in der französischen Nationalversammlung über den Plan de Gaulles, Frankreich zu einer eigenen Atomkraft zu erheben, verfolgte, bekam eine Ahnung von der Kraft des Widerstandes gegen eine Politik, deren Gesamt Tendenz den Zusammenhalt der NATO eher schwächen als stärken würde.

De Gaulle wird bei der Verfolgung seiner Lieblingsidee in Adenauer einen willigen und unterstützungsbereiten Zuhörer finden. Aber der hohe französische Gast muß seine Gespräche mit einem Mann führen, dessen Autorität schwer angeschlagen ist. So strahlend einst der Name Adenauer als der eines guten Europäers über dem Horizont aufging, so stark ist er auch nun im Verblässen. Adenauer ist dabei, das Werk zu gefährden, das er einst selbst mitschuf. Seine Handschrift in der Europapolitik wird die Geschichte registrieren, aber sie wird auch verzeichnen müssen, daß ihm der Schwung, die Energien und die Visionen verliessen, als es galt, das begonnene Werk fortzusetzen. Es ist ein wahrhaft - gemessen an den letzten 15 Jahren - ungewöhnlicher Vorgang, daß daß den Bundeskanzler Politiker aus den eigenen Reihen korrigieren und cementieren müssen, und daß die eigene Partei nicht gewillt ist, Adenauers Wegen zu folgen.

De Gaulle als aufmerksamer Beobachter wird dies nicht entgangen sein. Auch er möchte Großbritannien draußen vor der europäischen Tür halten, doch die erstrebte Achse Bonn - Paris wird nicht halten. Mächtige politische Kräfte in beiden Völkern wirken dagegen. Das setzt den Gesprächen der großen Alten Europas eine unübersteigbare Grenze.

+ + +

Zwei Welten

sp - John F. Kennedy, demokratischer Präsident der USA, hat den Vorsitzenden der Demokratischen Partei, John Bailey, gebeten, bei der Redner-Einsatzplanung für die im kommenden Herbst stattfindenden Kongreß-Teilwahlen die Kabinettsmitglieder Rusk, Dillon und McNamara nicht einzusetzen. Kennedy berief sich bei dieser Bitte auf seine Ansicht, daß der Außen-, der Finanz- und der Verteidigungsminister das Recht, wenn nicht die Pflicht hätten, nicht parteipolitisch tätig zu sein:

Die Vorstellung, daß der CDU-Bundeskanzler den Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Dufhues sowie seine Kollegen von der CSJ und FDP bitten könnte, bei den Redner-Einsatzplanungen der CDU/CSU für die Bundestagswahlen die Bundeskabinettsmitglieder aus dem Außen-, Finanz- und Verteidigungsressort nicht einzusetzen, weil diese Minister Dr. Schröder, Dr. Starke und Strauss das Recht, wenn nicht die Pflicht hätten, nicht parteipolitisch tätig zu sein, reizt nicht einmal zum Lachen. Vielleicht ist aber die kleine Meldung aus Washington über Kennedys Bitte ein neuer Grund für das gärende Mißtrauen bei der CDU/CSU?

+ + +

Die große Angst ist weg

Von unserer Korrespondentin in Rom, Franca Magnani

Als vor einigen Monaten Ministerpräsident Fanfani mit der ausschlaggebenden Hilfe der Linksozialisten das große Experiment einer Regierung des linken Zentrums startete, da ging eine Welle des Unbehagens, ja des Schreckens durch das Land. Die Linksozialisten als indirekte Mitbeteiligte an der Regierung - hieß das nicht etwa, die Kommunisten, die De Gasperi vor 15 Jahren aus der Regierungstür hinausgeworfen hatte, wieder durch das Fenster hereinzuholen? Gewiß, die Nenni-Sozialisten haben nunmehr seit Jahren keine Gelegenheit verfehlt, um offiziell zu erklären, daß der bis 1955 bestandene Aktions- und Einheitspakt mit den Kommunisten keinerlei Berechtigung mehr habe. Auch hat Nenni im Parlament bei verschiedenen Abstimmungen sich der Stimme enthalten, um seine Distanzierung von der KPI noch zu unterstreichen. Dennoch kann nicht geleugnet werden, daß in den Gewerkschaften (CGIL) eine Aktionsgemeinschaft besteht wie in früheren Jahren. Es ist dies die Tatsache, welche die Gegner des linken Zentrums immer wieder anführen, um zu beweisen, daß Nenni das ihm von den demokratischen Parteien erwiesene Vertrauen nicht oder noch nicht verdiente.

Der Fiat-Mythos

Das Unbehagen gegenüber der heutigen Regierungsreform erreichte in den konservativen Kreisen seinen Höhepunkt, als in den letzten Monaten jene großangelegten Streiks ausbrachen, die das ganze Land aufhorchen ließen. Allgemein konnte sich die öffentliche Meinung nicht erklären, weshalb eine Streikwelle von jenem Ausmaß gerade damals ausbrach, das heißt zu einem Zeitpunkt, als eine linkszentristische Regierung endlich längst fällige soziale Maßnahmen einzuführen versprach. Mancher Beobachter mag über die anscheinende Inkonsequenz der italienischen Arbeiterschaft den Kopf geschüttelt haben. Diese Arbeiterschaft, die sich seit über zehn Jahren mehr oder weniger mit Sparsamkeit der Streikwaffe bediente, brach nun mit einer neuen und überraschenden Wucht los und stellte neue Forderungen über Löhne, Sozialversicherungen, Urlaubsbestimmungen usw. Der auch von sämtlichen christlich-demokratischen Gewerkschaftern unterstrichene neue und bezeichnende Faktor bestand in der Arbeitsniederlegung der Fiat-Belegschaft. Gerade Fiat wurde ständig als Beispiel des modernen Kapitalismus hingestellt, dem es gelingt, die Probleme der Arbeiter zu lösen und dabei die Arbeitsniederlegung auszuschließen. Dieser vielbesungene Fiat-Mythos des italienischen Neo-Kapitalismus mit seinem paternalistischen Disziplin- und Kontrollsystem, ist überraschenderweise gerade dann zusammengebrochen, als eine Regierung der linken Mitte zustandekam.

Vielleicht trifft es zu, daß die Regierung indirekt den Ausbruch der Forderungen von Arbeitern und Angestellten, von Ärzten und Professoren durch die großen Erwartungen verschuldete, die sich an die Bildung dieser Regierung knüpften. Die Forderungen häuften sich seit langer Zeit und sind auf die verhältnismässig geringen Aufbesserungen

der Reallöhne und -gehälter zurückzuführen, verglichen am Rhythmus der Zunahme des Nationaleinkommens und der Produktivität. Wird es dieser Regierung der linken Mitte gelingen, den Forderungen zum Teil gerecht zu werden, ohne daß die Währungsstabilität gefährdet wird? Einerseits drängen die Kommunisten, die "Sicherheitslinie" zu überschreiten, andererseits versucht die mächtige wirtschaftliche Rechte auf die Regierung einen Druck auszuüben, damit diese Forderungen nicht berücksichtigt werden. Die rechte wirtschaftliche Opposition kauft früher oder später auf ein Scheitern der heutigen Regierungsformel und somit auf ein come-back ihrer Thesen. Sie würde dann erneut die Methode der starken Hand gegenüber den sozialen Forderungen der Arbeiterschaft ergreifen. Das Problem besteht für die Regierung gerade darin, diese beiden Extreme zu besiegen und den Beweis zu erbringen, daß sie ihre Linie zu verwirklichen vermag, ohne daß das wirtschaftliche und demokratische Leben des Landes Schaden erleide. Fanfani und Nenni - diese beiden Hauptfiguren des linken Zentrums - scheinen sich der Schwierigkeiten durchaus bewußt zu sein.

Sympathien für Nenni.

Das Parlament ging in die Ferien, ohne daß eine befriedigende Lösung für alle diese Fragen gefunden worden wäre. Selbst die Frage der Verstaatlichung der Elektroindustrie bahnt sich mühsam einen Weg durch ein Labyrinth von Diskussionen und Debatten. Symptomatisch für die Popularität des linken Zentrums ist jedoch folgendes: Einige Tage schwebte Pietro Nenni nach seinem Unglücksfall in Lebensgefahr. Von einem Tag auf den anderen wurde Nenni - diese viel diskutierte Persönlichkeit der politischen Bühne Italiens - zum besorgten Gesprächsthema aller Bürger. Nur wer diese Tage hier erlebt hat, weiß, wie die ganze Bevölkerung - ob "links" oder "rechts" - um ihn bangte. Männer und Frauen aller politischen Richtungen, aller religiösen Ansichten und aller sozialen Schichten scharten sich mit echt empfundener Anteilnahme um diesen Mann, der noch vor wenigen Jahren zu den verbissensten Stalinisten zählte. Um das Krankenbett Nennis fanden sich plötzlich alle jene politischen Kräfte versammelt, die ein Jahrzehnt lang einer politischen Unverträglichkeit nicht zu entrinnen wussten, und die heute zusammen der italienischen Politik eine neue, moderne Richtung zu geben hoffen. Selbst das Glückwunschtelegramm aus dem Sekretariat des Heiligen Vater zur Genesung Nennis überraschte nicht, Nenni zeigte sich übrigens darüber hocherfreut und kommentierte: "Ah, wie den Astronauten, nur bin ich auf die Erde gefallen, anstatt in den Kosmos zu fliegen."

Daß es aber in diesem politisch so leidenschaftlichen Lande überhaupt dazu kommen konnte, daß der bekehrte Klerikalismus und der selbstkritische Marxismus um einen der ersten und verbissensten Befürworter des linken Zentrums so aufrichtig bangen konnten, hat bewiesen, daß der vor ungefähr einem halben Jahr gestartete Regierungsversuch durchaus nicht nur die "oberen tausend Politiker" berührt, sondern die ganze öffentliche Meinung. Die Nenni erwiesenen Sympathiekundgebungen mögen wohl zum Teil durch das Wesen dieses Mannes ausgelöst worden sein; doch sie haben auch bewiesen, daß das Experiment des linken Zentrums nunmehr im ganzen Land tiefe Wurzeln geschlagen hat.

Die öffentliche Meinung erwartet mit Interesse die Wiederaufnahme der parlamentarischen Debatte. Wie auch das Experiment des linken Zentrums ausgehen möge: Die große Angst um den Versuch, die Linksozialisten als indirekte Beteiligte in der Regierung zu haben, ist gewichen.

Verantwortung für das Ganze sehen ! (I)

Von Dieter Bielenstein

25 - möglicherweise sogar 50 und mehr neue Hochschulen müssen wir in der Bundesrepublik in den nächsten zwei Jahrzehnten errichten, wenn sich die Studenterzahlenparallel zum Bruttosozialprodukt bis auf 400 000 verdoppeln, vielleicht sogar verdreifachen. Ebenso wird der Bedarf an akademisch gebildetem Nachwuchs in einer expandierenden Wirtschaft entsprechend steigen, wie Professor Edding in Frankfurt kürzlich in einer Untersuchung feststellte.

Nur ein "kulturpolitisches Problem", über das sich die Länderkultusminister den Kopf zerbrechen mögen? Wohl kaum, wenn man allein daran denkt, daß die Verdoppelung der Hochschulkapazität bis 1980 finanzielle Aufwendungen von etwa 20 Milliarden DM heutiger Kaufkraft verlangt.

Überlegungen dieser Art sind keine Utopie. Mit ihnen befaßte sich eine Konferenz der OECD im Oktober 1961 in Washington, und vor wenigen Wochen beriet die OECD-Studiengruppe für Bildungsökonomie in Paris erneut über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Ausbau des Erziehungswesens. Bisher galt allgemein, daß nur durch Sparen für die Zukunft unter Verzicht auf Verbrauch in der Gegenwart das Wirtschaftswachstum beschleunigt werden kann. Erziehung ist jedoch eine Investition - so wurde erklärt -, die in der Gegenwart wie in der Zukunft die wirtschaftliche Entwicklung fördert und gleichzeitig den Lebensstandard erhöht und allgemein eine Produktivitätssteigerung bewirkt. "Diese wirtschaftliche und sozialpolitische Doppelrolle der Erziehung darf nicht übersehen werden, wenn über die Höhe der Aufwendungen für Erziehung, Forschung und Bildung zu entscheiden ist", heißt es wörtlich.

Nicht mehr vom "Staatszuschuß" für das Bildungswesen ist dort die Rede, den man sich neben den notwendigen Ausgaben für Wirtschaft und Verteidigung leisten kann, sondern von unabweislichen "Investitionen", deren Rentabilität nachweisbar ist. Eine globale Planung des Ausbaus des Erziehungswesens wird gefordert, die die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen mit einbezieht. Die bisherige Grenze zwischen Kultur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erweist sich als willkürlich und nicht haltbar. Diese Lebensbereiche hängen voneinander ab und Maßnahmen auf einem Gebiet sind mit bedingt von den erwarteten Folgen auf einem anderen.

*

Für dieses Über- und ineinandergreifen scheinbar spezieller politischer Entscheidungen lassen sich zahllose Beispiele anführen. Der "Grüne Plan", zunächst eine Sache der Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik, kann nicht darauf verzichten, die Ausbildung und Weiterbildung der Landwirte und der Landjugend mit ins Blickfeld zu ziehen, da andernfalls Subventionen für die technische und wirtschaftliche Modernisierung nicht zur Wirkung kämen.

Der Bundesjugendplan, seit 12 Jahren eine Maßnahme der Jugendhilfe, hatte nicht nur weitgehende Folgen für die "Jugendarbeit" im engeren Sinne, sondern auch für den Arbeitsmarkt oder das gesamte Fürsorgewesen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft schließlich, zunächst als außenpolitische Notwendigkeit begriffen, findet ihre konkreten Auswirkungen in

fast jedem Bereich unserer Gesellschaft, wobei die Spannweite von der Hochschul- bis zur Kartellpolitik reicht. Politische Entscheidungen werden somit wieder total in dem Sinne, als sie unser Gemeinwesens im Ganzen oder doch zumindest in seinem wesentlichen Kern treffen.

Nun zwingt uns die moderne Industriegesellschaft einen solchen umfassenden Begriff des Politischen auf. Sicherlich fächert sich auf der einen Seite die Differenzierung im Wirtschaftsprozess, in der Sozial- oder Kulturpolitik wie überall immer weiter aus. Wer vermag schon als Experte auf einem bestimmten Gebiet einschlagendes Urteil auch nur für ein Grenzschichtproblem seines Faches abzugeben, es sei denn, daß er dafür wieder speziell berufen ist. Daß sich parlamentarische Arbeit immer mehr aus dem Plenum in die Fachausschüsse verlagert, ist mit durch diese Spezialisierung der Materie und der zuständigen Fachleute bedingt. Auf der anderen Seite wächst aber die Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit aller Lebensbereiche in diesem immer empfindlicher reagierenden, differenzierten Gesellschaftsgefüge. Gerade weil der einzelne Bürger, der Wirtschaftsbetrieb, die Behörde oder das Bildungsinstitut nur mehr einer speziellen Aufgabe dienen, sind sie auf die Gesellschaft angewiesen, die erst in ihrer Gesamtheit unsere Existenz sichert.

Beide Tendenzen, steigende Spezialisierung und damit Notwendigkeit zur Kooperation, aber auch die wechselseitige ungeheure Abhängigkeit aller Funktionen wurden kürzlich an zwei fast sensationellen Beispielen deutlich: Allein eine der Vertragsfirmen der Raumforschungsorganisation in den USA (NASA), die General Electric, wird für das Apollo-Projekt, in dessen Vorlauf noch vor 1970 drei Menschen auf den Mond gebracht werden sollen, künftig 5000 weitere Vertragsfirmen beschäftigen und koordinieren müssen.

Vor einigen Monaten brach in Südschweden durch den Ausfall zweier großer Schaltstationen das gesamte Elektrizitätsnetz für 24 Stunden zusammen. In wenigen Stunden gerieten Wirtschaft und Verkehrswesen in einen chaotischen Zustand, die einzelnen Bürger in Krankenhäusern, in den überfüllten Großstädten ohne Lebensmittelvorräte, in der Schifffahrt ohne Notensignale kamen in Not, Schulen mußten schließen, Zeitungen erschienen nicht.

*

Dieser Situation der modernen Industriegesellschaft sind wir auch als Einzelne unterworfen. Der Mensch wird gleichsam aufgegliedert in Funktionen, die selbständig nebeneinander bestehen. Eingeordnet in die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft mit ihren jeweils besonderen Gesetzmäßigkeiten suchen wir ein Bild des heilen Menschen nur mühsam zu bewahren. Als Arbeitsbürger gewinnen wir nach jahrzehntelangen harten Auseinandersetzungen allmählich soziale Sicherheit, während wir uns als Wirtschaftsbürger zwischen teilweise Vorsorge und blinder Willkür mit Mahalteappellen des Wirtschaftsministers begnügen müssen. Als Sozialbürger sehen wir uns in ein System sozialer Fürsorge eingefügt, das an den späten Bismarck anknüpft, wie Hellmut Becker kürzlich schrieb, und als Steuerbürger stehen wir verwirrt vor einem "System" unharmonischer Einzelregelungen mit zufälligen und oft unerwünschten Folgen. Als Bildungsbürger schließlich halten wir an der "Planlosigkeit individueller Geistesfreiheit" fest. Dabei soll Planung auf diesem Gebiet doch nur die materiellen Bedingungen eben dieser geistigen Freiheit sichern, die sonst der Willkür wirtschaftlicher und sozialer Zufälligkeiten preisgegeben ist.

(wird fortgesetzt)

+ + +